

Substanzielles Protokoll 23. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. November 2014, 20.30 Uhr bis 22.12 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (parteilos), Joe A. Manser (SP), Niklaus Scherr (AL)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|------------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 4. | 2014/282 | Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2014 | STR |
| 6. | 2014/104 A | Motion von Samuel Dubno (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 02.04.2014:
Anpassung der Datenschutzverordnung, Streichung des Einsatzes von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und Schulanlagen | VHB |
| 8. | 2014/204 E/A | Postulat der GLP-Fraktion vom 18.06.2014:
Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung | VHB |
| 10. | 2014/284 E/A | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.09.2014:
Bau- und Zonenordnung (BZO), Ergänzung mit einer Pflicht zu erneuerbaren Energiezonen | VHB |
| 12. | 2014/339 A | Postulat von Albert Leiser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 29.10.2014:
Städtische Schulinfrastruktur, Bereitstellung durch Private | VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Ratspräsidentin Dorothea Frei (SP) gibt die Absetzung von TOP 7, GR Nr. 2014/105, «Motion der AL-Fraktion vom 02.04.2014: Pflicht zum Erlass öffentlicher Gestaltungspläne für strategisch bedeutsame Areale der SBB in der Stadt» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Geschäfte

500. 2014/282
Weisung vom 10.09.2014
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2014

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 22, Beschluss-Nr. 500/2014).

***Dr. Urs Egger (FDP):** Unsere Enthaltung liegt nicht in unserer Ratlosigkeit begründet, wir wollten die Debatte abwarten. Wir haben diverse Anträge gestellt, um den Betrag zu reduzieren. Diese waren nicht erfolgreich. Das Defizit wird sich auf rund 200 Millionen Franken belaufen. Die FDP kann diesen Zusatzkrediten nicht zustimmen.*

***Samuel Dubno (GLP):** Die GLP wird diesen Zusatzkrediten zustimmen und wundert sich über die Ablehnung der FDP. Ein Teil der Anträge der FDP wurden angenommen, manche Anträge mussten wir aufgrund gesetzlicher Bestimmungen ablehnen.*

***Rebekka Wyler (SP):** Massgeblich für die Entwicklung des Eigenkapitals ist die Rechnung und nicht das Budget.*

***Martin Bürliemann (SVP):** Die SVP lehnt die Zusatzkredite ab, da die Kosten zu hoch sind. Die hohen Kosten sind ein Problem für die Stadt. Die Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen, die das finanzieren müssen, ist erschreckend. Im Tiefbauamt gab es zwei Mal hintereinander keine Anträge für Zusatzkredite.*

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürliemann (SVP)
Enthaltung:	Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2014 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	30 672 900	7 599 000
2. Kreditübertragungen	+16 116 200 -16 116 200	+800 000 -800 000
Zusatzkredite brutto	30 672 900	7 599 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	30 672 900	7 599 000
- den Kreditübertragungen von	+16 116 200	+800 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-16 116 200	-800 000
- Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-11 710 200	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	18 962 700	7 599 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. November 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

510. 2014/104

Motion von Samuel Dubno (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 02.04.2014:

Anpassung der Datenschutzverordnung, Streichung des Einsatzes von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und Schulanlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Samuel Dubno (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4869/2014): Wir haben diese Motion eingereicht, da wir der Ansicht sind, dass auf Seiten der Rechtsgrundlage ein Überangebot und auf Seiten der Reglemente, also bei der Umsetzung der Datenschutzverordnung, ein Unterangebot besteht. Unsere Intention wurde nicht von allen verstanden. Wir sind mit der Argumentation des Stadtrats grösstenteils einverstanden, er zieht jedoch einen falschen Schluss. Die Datenschutzverordnung ist die rechtliche Grundlage für die Videoüberwachung in der Stadt. Die Datenschutzverordnung verlangt die Erstellung eines Reglements. Es stellt sich die Frage, ob das bestehende Reglement ausreicht. Aus unserer Sicht ist es ungenügend. Das Reglement zur Überwachung an Schulen war ursprünglich als Gesetz und nicht aus Ausführungsreglement gedacht. Dieses Reglement ist deshalb nicht sehr ausführlich. Die Bestimmungen zur Videoüberwachung wurden im Gemeinderat verschärft. Der Stadtrat deutete daraufhin eine Rechtsgrundlage zu einem Reglement um. Wir sind der Ansicht, dass dies den Anforderungen nicht vollumfänglich gerecht wird. Jetzt haben wir ein einziges Reglement für 800 Kameras. Dies kann nicht im Interesse des Gemeinderats liegen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Wir sind mit den Ausführungen grundsätzlich einverstanden. Es besteht die Pflicht, Reglemente zu erstellen, die auch vom Datenschützer gesichtet werden. Diese Reglemente müssen für unterschiedliche Objekte auch unterschiedlich abgefasst werden. Die Anforderungen an die Videoüberwachung an Schulen sind andere, als diejenigen für die Überwachung in Alterszentren. Der Motionstext widerspricht den Ausführungen von Samuel Dubno (GLP). Das Reglement der Stadt zur Überwachung von Schulen hat Vorbildcharakter. Wir werden das Reglement nochmals mit dem Datenschützer anschauen.

Weitere Wortmeldungen:

Peter Küng (SP): Wir sind der Ansicht, dass Bürgerinnen und Bürger vor Videoüberwachung geschützt werden sollen. Diese Motion fordert jedoch etwas, das nicht umgesetzt werden kann. Positiv ist, dass das Reglement nochmals kritisch überprüft wird.

Michael Schmid (FDP): Die Ausführungen von Samuel Dubno (GLP) sind nicht mit dem Text der Motion zu vereinbaren. Die Reglemente können nicht gestrichen werden.

Felix Moser (Grüne): Wir haben uns mit dieser Motion schwer getan. Wir sind gegen eine Streichung des Reglements. Mit der bestehenden Regelung sind wir zufrieden. Wir können uns vorstellen, dass in der Datenschutzverordnung einzelne Passagen verbessert werden können.

Karin Weyermann (CVP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Auch uns ist die Behandlung der Motion schwer gefallen. Wir haben lange nicht verstanden, was das Anliegen der Motion ist. Der Stadtrat hat es heute im Rat verstanden. Der Antrag ist als Motion nicht umsetzbar, deshalb beantragen wir die Umwandlung in ein Postulat.

Thomas Schwendener (SVP): Wir werden diese Motion unterstützen.

Michael Baumer (FDP): Diese Motion ist nicht umsetzbar. Wir werden auch kein Postulat unterstützen.

Samuel Dubno (GLP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Mir liegt viel daran, darauf hinzuweisen, dass es uns nicht darum geht, die Videoüberwachung an Schulen zu erleichtern. Wir sind dafür, dass ein neues Reglement erlassen

wird. Wir sind nicht für eine ersatzlose Streichung des bestehenden Reglements.

Michael Baumer (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2014/362 (statt Motion GR Nr. 2014/104, Umwandlung) wird mit 45 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

511. 2014/204

Postulat der GLP-Fraktion vom 18.06.2014:

Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Guido Hüni (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 169/2014): Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Regierung nicht das gesamte Kasernenareal der Bevölkerung zur Verfügung stellen möchte. Dies widerspricht dem Versprechen. Der Raumbedarf der kantonalen Bildungsdirektion steigt stetig. Es ist fraglich, ob der Masterplan umgesetzt wird. Wir sind der Ansicht, dass das Kasernenareal ein wichtiger Bestandteil der Stadt ist und der Bevölkerung zur Verfügung stehen soll.*

***Roger Tognella (FDP)** begründet namens der FDP-Fraktion am 2. Juli 2014 gestellten Ablehnungsantrag und zieht ihn zurück: Auch wir halten es für wichtig, das Kasernenareal der Bevölkerung zurückzugeben.*

***Patrick Hadi Huber (SP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Kürzlich wurde der Masterplan vorgestellt. Am Mitwirkungsprozess im Quartier war kein Vertreter der FDP anwesend. Die Bauplanung des PJZ muss nicht angepasst werden, das Kasernenareal muss jedoch von polizeilicher Nutzung befreit werden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Markus Knauss (Grüne):** Mit dem Regierungsrat sind wir mit einer Gruppe von Personen konfrontiert, die nicht diskutieren wollen. Dieses Postulat wurde auch im Kantonsrat eingereicht, und aufgrund der Antwort wissen wir, was die Regierung davon hält. Ich bin in Bezug auf dieses Postulat ratlos. Wir stimmen zu, aber der Stadtrat wird kaum etwas beim Regierungsrat bewirken können.*

***Mario Mariani (CVP):** Wir können die Probleme des Kantons nicht lösen. Nichtsdestotrotz sind wir der Ansicht, dass die Kasernenwiese frei bleiben muss.*

***Mauro Tuena (SVP):** Die Kantonspolizei soll ins PJZ integriert werden. Das Kasernenareal soll freigegeben werden. Wir unterstützen das Postulat somit nur ohne Textänderung.*

***Michael Baumer (FDP):** Wir haben im Gemeinderat eine andere Lösung als ein Mitwirkungsverfahren gefordert. Die Textänderung ist nicht zielführend.*

Guido Hüni (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Das Kasernenareal befindet sich im Eigentum des Kantons. Ich habe die Haltung der Stadt kommuniziert. Die Verhandlungen mit dem Kanton gehen weiter. Wir ringen um Flächen für Schulhäuser und Alterszentren. Es herrscht Platzmangel. Wir haben einen Entwurf für das Quartier, der Ort soll sich entwickeln können.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, sich beim Regierungsrat dafür einzusetzen, dass die Bauplanung des PJZ den «neuen» Bedürfnissen so angepasst wird, dass das gesamte Kasernenareal von sämtlicher polizeilichen Nutzung befreit wird und der Stadtzürcher Bevölkerung langfristig und unwiderruflich zur Verfügung stehen kann.

Das geänderte Postulat wird mit 78 gegen 42 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

512. 2014/284

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.09.2014:
Bau- und Zonenordnung (BZO), Ergänzung mit einer Pflicht zu erneuerbaren Energiezonen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Andreas Edelmann (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 343/2014): *Gemäss einer Abstimmung vom 9. Februar 2014 dürfen Gemeinden Zonen mit einem erhöhten Anteil erneuerbarer Energien erlassen. Die Gemeinden können selbständig über die Zonen entscheiden. Wir verlangen vom Stadtrat einen Vorschlag dazu. Die Basis ist bereits vorhanden. Es gibt ein Energieversorgungskonzept. In den Aussenquartieren ist eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien möglich. In der Stadt gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Umsetzung. Wir streben eine Reduktion fossiler Energieträger an. Wir verlangen ein offenes Vorgehen. Die Zonen können mit verschiedenen Prozentsätzen erreicht werden. Die Gebäude können besser gedämmt werden oder es können verstärkt erneuerbare Energien genutzt werden. Wir möchten eine Regelung, die auf den heutigen Anforderungen basiert. Für uns ist klar, dass die Stadt Vorbildfunktion besitzt.*

Alexander Jäger (FDP) begründet den von Roger Tognella (FDP) namens der FDP-Fraktion am 24. September 2014 gestellten Ablehnungsantrag: *Die MuKE wird kommen. Das Ziel der MuKE ist ein Gleichgewicht zwischen Energieeffizienzmassnahmen und dem Anteil erneuerbarer Energien. Der Hausbesitzer soll selber entscheiden können. Es muss möglich sein, auf die lokalen Gegebenheiten einzugehen. Flexibilität ist unabdingbar. Wir können die Zukunft nicht voraussehen.*

Weitere Wortmeldungen:

Matthias Probst (Grüne): *Diese Motion erinnert an die Flachdachinitiative der jungen Grünen. Damals fehlte die gesetzliche Grundlage. Diese besteht nun. Wir wollen den Volkswillen in der Stadt umsetzen. Dieses Anliegen ist rasch umsetzbar. Wir können mit dieser Motion nichts falsch machen.*

Mario Mariani (CVP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Wir befinden uns nicht auf der Zielgeraden der Energiewende. Das Anliegen ist nicht grundlegend falsch. Die Umsetzung muss jedoch differenziert und verhältnismässig erfolgen. Es wäre möglich, das Anliegen in einem Energieplan verbindlich festzulegen.

Thomas Schwendener (SVP): Wir sollten abwarten und schauen, was der Kanton machen wird. Wir müssen die spezifische Situation vor Ort beachten.

Michael Baumer (FDP): Es ist nicht tragbar, die Menschen mit Eigentumsbeschränkungen auf den rechten Pfad zu führen. Dieser Ansatz ist nicht liberal. Der Vorstoss ist sub-optimal abgefasst. Eine Ergänzung der BZO ist nicht zielführend. Eine flächendeckende Umsetzung ist nicht mit den gesetzlichen Grundlagen vereinbar. Ungefähr ein Viertel der Hauseigentümer sind älter als 67. Diese Personengruppe wird nicht so schnell eine Hypothek für diese Umrüstung erhalten.

Guido Hüni (GLP): Die Position der FDP ist teilweise nachvollziehbar. Die Herangehensweise ist jedoch zu verkrampft. Wir brauchen Vorschriften und Richtlinien.

Roger Tognella (FDP): Liberale Werte beinhalten Grundwerte. Diese umfassen das Recht auf Eigentum und Eigenverantwortung. Viele Hauseigentümer befinden sich auf einem guten Weg. Selbstbestimmung ist wichtig. Diese Umrüstungen werden zu einer Erhöhung der Mietkosten führen.

Andreas Edelmann (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Dieses Anliegen ist mehrheitsfähig. Es kann kein Energieträger in einer Zone vorgeschrieben werden. Es wird lediglich ein Höchstwert an nicht-erneuerbaren Energien festgelegt. Wie dies erreicht wird, bleibt offen.

Die Motion wird mit 73 gegen 49 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**513. 2014/339
Postulat von Albert Leiser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 29.10.2014:
Städtische Schulinfrastruktur, Bereitstellung durch Private**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Albert Leiser (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 463/2014) und beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Es werden weitere 80 000 Personen in die Stadt ziehen. Diese Personen haben Kinder, die Schulen brauchen. Die Immobilienwirtschaft ist bereit, Schulhäuser zu bauen, in denen sich die Stadt einmieten kann. Der Stadtrat lehnte unser Hilfsangebot ab. Wenn Schulhäuser gebaut werden müssen, dann ist vorhersehbar, dass die Schulhäuser in 20 bis 30 Jahren nicht mehr gebraucht werden. Deshalb wollten wir dem Stadtrat mit diesem Postulat eine Möglichkeit zur Prüfung bieten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Derzeit besteht ein Wachstumstrend. Die Schülerzahlen wachsen stetig. In einer Stadt besteht ein hoher Anteil an Mietwohnungen, deshalb ziehen immer wieder Familien mit Kindern in die Quartiere. Es werden in der Stadt selten

Schulhäuser aufgegeben. Es gibt einen Trend zum Tagesschulmodell. Dadurch entsteht voraussichtlich ein erhöhter Flächenbedarf. Das Postulat ist bereits heute als erfüllt anzusehen. Horte und Kindergärten werden häufig gemietet. Mit Genossenschaften konnten wir gute Vereinbarungen treffen, mit privaten Unternehmern ist die Findung eines Konsenses schwieriger. Die Fremdmieten werden im Gemeinderat immer wieder kritisiert. Wir können uns Modelle vorstellen. Diese beinhalten jedoch keine Miete. Ob wir mit Privaten kostengünstigere Lösungen finden werden, wird sich zeigen. Eine mittel- bis langfristige Entlastung der Rechnung kann mit diesem Anliegen nicht erreicht werden.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Die SVP unterstützt dieses Postulat. Der Platz ist begrenzt. Mit diesem Projekt kann das Problem des knapp werdenden Schulraums angegangen und gleichzeitig können die Kosten reduziert werden.

Heidi Egger (SP): Es passiert selten, dass alte Schulhäuser nicht mehr gebraucht werden. Wir brauchen mehr Schulhäuser.

Walter Angst (AL): Fremdmieten sind problematisch. Es gibt immer wieder Knebelverträge. Die Public-Private-Partnerships konnten sich nicht durchsetzen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Dieses Anliegen wirkt auf den ersten Blick nicht schlecht. Wir haben den vorgeschlagenen Weg diskutiert. Bei der schulischen Infrastruktur überzeugt uns die Kooperation mit Privaten nicht. Dadurch wird die Schulraumplanung weder präziser noch einfacher. Eine Effizienzsteigerung oder eine längerfristig genauere Planung sind kaum zu erreichen. Wir bezweifeln die erhoffte Kostenreduktion.

Gabriele Kisker (SP): Die Schulinfrastruktur ist an einen staatlichen Auftrag gebunden und nicht gewinnorientiert.

Severin Pflüger (FDP): Dieses Postulat fordert, dass über den Tellerrand hinausgedacht wird. Es ist wichtig, die Bilanz der Stadt zu verbessern. Wir müssen die Ausgaben in den Griff bekommen. In der Stadt herrscht Landknappheit. Wir wollen ein klares Projekt, das von Privatinvestoren getragen wird.

Dr. Davy Graf (SP): Die Immobilienwirtschaft sucht neue Betätigungsfelder. Es ist fragwürdig, ob Private freiwillig auf Grundstücke verzichten.

Michael Baumer (FDP): Die Stadt sollte in Quartieren, in denen sie kein Land kaufen kann, auch unkonventionelle Methoden prüfen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Albert Leiser (FDP) mit 99 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	NEIN
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
042	Altinay	Petek	SP	NEIN

084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	NEIN
092	Babini	Mario	parteilos	--
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	NEIN
003	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
051	Bieri	Cordula	Grüne	NEIN
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
068	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
049	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	NEIN
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	--
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
001	Frei	Dorothea	SP	NEIN
043	Früh	Anjushka	SP	NEIN
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
034	Glaser	Helen	SP	NEIN
154	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
035	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA

026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
044	Kraft	Michael	SP	NEIN
183	Küng	Peter	SP	NEIN
071	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
133	Lauber	Tamara	FDP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	--
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
171	Müller	Marcel	FDP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	JA
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	NEIN
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
083	Schäfli	Corinne	AL	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
135	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	--
173	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN

018	Speck	Roger Paul	SP	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	NEIN
033	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
057	Urben	Michel	SP	NEIN
138	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
015	Wyler	Rebekka	SP	NEIN

Das Postulat wird mit 48 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

514. 2014/363

Postulat von Andrea Leitner Verhoeven (AL) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 12.11.2014:

Geplantes Ausflugsrestaurant der Dolder AG, Ausrichtung des Nutzungskonzepts auf die Bedürfnisse einer breiten Öffentlichkeit

Von Andrea Leitner Verhoeven (AL) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 12. November 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Nutzungskonzept der Dolder AG für das im privaten Gestaltungsplan Waldhaus Dolder geplante Ausflugsrestaurant den Bedürfnissen einer breiten Öffentlichkeit Rechnung trägt.

Begründung:

Die Projektverantwortlichen des neuen Waldhaus Dolder bekennen sich in ihrer "Vision Dolder", die den Neubau und die Neugestaltung des Waldhaus Dolder beschreibt, zur "Schaffung öffentlichen Mehrwerts statt maximierter Rendite" und zum Dolder als einem in die Stadt Zürich "integrierten Ort der Begegnung". Das öffentlich zugängliche Ausflugsrestaurant im neuen Gebäude mit Terrasse und Sicht auf Zürich werde allen BesucherInnen offen stehen.

Das Amt für Städtebau hat mit der Dolder AG an der Ausarbeitung des privaten Gestaltungsplans eng zu-

sammen gearbeitet und dem Projekt bei der Entwicklung viele Steine aus dem Weg geräumt. Im Gegenzug ist es begrüssenswert, wenn im Waldhaus Dolder die eingangs erwähnte Vision in die Praxis umgesetzt wird – und nicht in einem "Wurststand-für-das-gemeine-Volk - Kompromiss" à la FIFA-Restaurant Sonnenberg endet.

Mitteilung an den Stadtrat

**515. 2014/364
Postulat von Rosa Maino (AL) und Eduard Guggenheim (AL) vom 12.11.2014:
Festivalzentrum des Zurich Film Festivals, Prüfung eines alternativen Standorts
zum Sechseläutenplatz**

Von Rosa Maino (AL) und Eduard Guggenheim (AL) ist am 12. November 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, alternative Standorte zum Sechseläutenplatz für das Festivalzentrum des Zurich Film Festival zu prüfen.

Begründung:

Im ersten Jahr nach der Fertigstellung des neugestalteten Sechseläutenplatzes hat der Stadtrat den Nutzungsgrundsatz nicht eingehalten, der besagt, dass der Platz in den Monaten März bis Oktober während maximal 125 Tage belegt sein darf, damit er der Bevölkerung möglichst oft frei zur Verfügung steht. Insgesamt wurde der Platz dieses Jahr von Ende April bis Anfang Oktober bereits während 150 Tagen belegt. Deshalb gilt es, sämtliche Bewilligungen, insbesondere diejenigen für mehrtägige Veranstaltungen, die nicht auf langjährigem Gewohnheitsrecht beruhen, auf vertretbare Alternativlösungen zu überprüfen. Das Zurich Film Festival wird bereits heute an verschiedenen Orten in der Stadt ausgetragen. Dies zeigt, dass eine Positionierung des Festivalzentrums an einem alternativen Standort ohne weiteres realisierbar ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**516. 2014/365
Interpellation von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Baumann (GLP) vom
12.11.2014:
Forderungen nach einem kantonalen Soziallastenausgleich, Haltung der Stadt zur
Forderung, zu einer möglichen Ausgestaltung sowie zu einer Zusammenarbeit mit
den angrenzenden Gemeinden**

Von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Baumann (GLP) ist am 12. November 2014 folgende Interpellation eingereicht worden:

In den vergangenen Monaten sind Forderungen nach einem kantonalen Soziallastenausgleich wieder lauter geworden. Vor allem von Gemeinden, welche in den letzten Jahren einen Anstieg an Sozialkosten verbuchten. Die Stadt Zürich trägt mit ihrer Zentrumsfunktion ebenfalls höhere Soziallasten als andere Gemeinden. Wir bitten deshalb den Stadtrat um Stellungnahme zu den folgenden Fragen.

1. Welche Haltung nimmt die Stadt Zürich bezüglich einem kantonalen Soziallastenausgleich in den laufenden Diskussionen ein?
2. In welchen Gremien vertritt die Stadt Zürich diese Haltung?
3. Wie arbeitet die Stadt Zürich mit den angrenzenden Agglomerations-Gemeinden zusammen? Verfolgen sie eine gemeinsame Strategie? Wenn ja wie sieht die Zusammenarbeit aus?
4. Wie müsste ein kantonaler Soziallastenausgleich ausgestaltet sein, damit die Stadt Zürich diesen unterstützen würde?
5. Welche positiven wie negativen Folgen hat das Fehlen eines Soziallastenausgleichs für die Stadt Zürich?
6. Welche positiven wie negativen Folgen hätte ein kantonaler Soziallastenausgleich für die Stadt Zürich?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 19. November 2014, 17 Uhr.